

Bernd Stracke*

Welche Rolle(n) spielen die Medien im Corona-Theater?

Spielmacher, Mitspieler, Profiteure, Opfer – vielleicht von allem ein bisschen

Manche gewannen in den letzten Monaten den Eindruck, dass über weite Distanzen nicht die Politik, sondern die Medien die dominierenden Spielmacher im Corona-Theater seien. Wer aber der These anhängt, dass der eigentliche Spielmacher „immer das Kapital“ sei („follow the money“), wird Print und Funk wohl eher nur Mitspieler-Rollen attestieren. Wem wiederum die gigantischen Inseratenteppiche und Werbespot-Orgien aufgefallen (oder gar aufgestoßen) sind, mit denen seit Wochen die öffentliche Hand – von der Bundesebene abwärts bis zum kommunalen Dorfkaiser – die Printmedien und den ORF zupflastert, kann kaum anders, als in den Medienhäusern clevere und gierige Profiteure zu orten. Und wer schließlich die Wehklagen der Herausgeber über drastisch einbrechende Umsätze verfolgt, dem müssen zweifellos Mitleidstränen für diese armen medialen Seuchenopfer in die Augen schießen.

Wie einst Lügenbilder von den kuwaitischen Brutkastenbabys^[1] und Fotos eines toten „Flüchtlings“-Buben am türkischen Strand um die Welt gingen, brannten sich 2020 Clips von an Atemgeräten hängenden Greisen und von sargbeladenen Armeelastern unauslöschbar in unser Gedächtnis ein. Sie wurden zu medialen Corona-Ikonen, die sich exzellent zur politischen Rechtfertigung radikalster Quarantänemaßnahmen eigneten. Viele dieser Illustrationen enthielten beträchtliche Fake-Komponenten.^[2] Europa verfiel angesichts dieser funebren Bilder in panische Kollektivangst und folgte widerspruchslos, ja geradezu begeistert, zweifelhaften Regierungsanordnungen und akzeptierte dankbar sowohl ärgste Freiheits Einschränkungen als auch wirtschaftliche und soziale Folgeschäden.

Mehr Geschäft für die Medien – oder weniger?

Zunächst belegten steigende Zugriffszahlen und zeitweise schwindelerregende Quoten von Nachrichten und Sondersendungen einen beträchtlichen Informationshunger beim Bürger. Bisweilen wurden Journalisten sogar als „systemrelevant“ eingestuft, auf Augenhöhe mit Ärzten und Krankenschwestern.

Statt einer „Pflichtethik“ zu dienen, also enthüllend zu recherchieren und einen vielfältigen Diskurs zu pflegen, verschrieben sich auf Linie getrimmte Staatsjournalisten und servile Mikrofonträger zunehmend einer „Verantwortungsethik“, der es vorgeblich darum geht, mögliche negative Folgen allzu ehrlichen und schonungslosen journalistischen Handelns zu vermeiden. Konsequenz: Die Berichterstattung erfolgte im Einklang mit der politischen „Message Control“ und ließ lange Zeit jegliche Distanz vermissen. Medien transportier(t)en, kritiklos und kaum auf eigene Recherchen gestützt, mehr oder weniger fundierte Analysen und mehr oder weniger hanebüchene Forderungen einiger weniger dominanter Virologen und unterstütz(t)en die Diktate machtbedachter Regierungen. Kommentatoren und Leitar-

tikler feier(te)n hymnisch die Wegnahme grundlegender Freiheitsrechte und/oder forderten sogar noch mehr Strenge. Kritischen Einwürfen anfangs weniger, später immer mehr werdender Mediziner wurde selten bis gar kein Gehör geschenkt. Vielfalt und Ambivalenz wissenschaftlicher Einschätzungen wurden kaum thematisiert. Fragen, ob die Vorkehrungen als Ganzes oder im Detail verhältnismäßig und zielführend oder übertrieben und widersprüchlich seien, wurden gleich gar nicht gestellt oder als krude und gefährliche Hirngespinnste von „Verschwörungstheoretikern“ ins Lächerliche gezogen.

Spätestens ab der zweiten Märzwoche, als EU-Länder einander mit drakonischen Maßnahmen überboten, wäre von einem Journalismus, der diesen Namen verdient, die Diskussion auch unangenehmer Fragen zu erwarten gewesen. Nur wenige „Abweichler“-Medien, und zu diesen darf sich der GENIUS zählen, stießen Debatten darüber an, inwiefern etwa die kollektive Gefangennahme der Bevölkerung juristisch gedeckt und vor allem verfassungskonform war (vgl. GENIUS März–April 2020, Lothar Stix in: „Kurz-Schluss für den demokratischen Rechtsstaat“). Oder ob nicht die in Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Familien angerichteten Schäden längerfristig zu schwereren Übeln führen würden als das Virus selbst (Vgl. GENIUS März–April 2020, Gerulf Stix in „Aufgeblendet“). Oder, was es mit den teilweise haarsträubenden Zuständen in Asylantenzentren auf sich hatte. Lobenswerterweise verschwieg z.B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung ihren Lesern nicht, dass das Coronavirus nicht nur in griechischen Lagern grassiert(e), sondern auch im baden-württembergischen Erstaufnahmezentrum Ellwangen jeder zweite Insasse coronainfiziert war, wobei vermutet werden darf, dass es auch in anderen Asylquartieren kaum anders war/ist.

Sterbezahlen-Grafiken wie Sporttabellen präsentiert

Grafiken mit Infizierten- und Sterbezahlen wurden wie Tabellenstände im Sport präsentiert. Zahlen, die den Sachverhalt einseitig wiedergaben, wurden als „bare Münze“ transportiert und selbst dann, wenn sie sich als falsch entpuppten, so gut wie nie korrigiert. Wenn zum Beispiel von einer „Zahl der Infizierten“ die Rede war, stimmte das ganz einfach nicht: Es war die Zahl der bis dahin statistisch erfassten Positiv-Tests. Internationale Vergleiche der Zahlen positiv Getesteter ergeben ebenfalls keinen Sinn, zumal in manchen Ländern nur die getestet werden, die in Kliniken eingeliefert werden. In Deutschland und in der Schweiz wird hingegen vergleichsweise breit getestet, in anderen Ländern noch breiter. Auch tägliche oder gar stündliche landesweite Vergleiche müssen hinken: In manchen Regionen liegen Testergebnisse in zwei Tagen vor, anderswo erst in fünf bis zehn Tagen. Bei den „Corona-Toten“ hätte unterschieden werden müssen zwischen „am“, und „mit dem“ Virus Verstorbenen. Gesundheit wurde und wird gegen Wirtschaft ausgespielt. Herausgepickte Einzelfälle verursachten Panik und Hamsterkäufe, in der Folge kam es auch zur Überlastung einzelner Kliniken bei gleichzeitigem tausendfachem Leerstand von für Pandemieopfer „reservierten“ Betten. Eine medial konstruierte „Realität“ beeinflusst seit Monaten die Gesellschaft und das Alltagsleben. Dr. Conrad Pramböck, Fachhochschul-Lektor für Statistik, urteilt vernichtend: „Eine wissenschaftliche Arbeit zum Thema Corona, die mit den aktuell publizierten Informationen untermauert wäre, würde ich sofort zur nochmaligen Bearbeitung an den Studierenden zurückweisen.“

Von Vertretern staatsfinanzierter Medien wurde europaweit ohne Aufschrei hingenommen, dass an Regierungspressekonferenzen keine Journalisten mehr teilnehmen durften, sondern nur noch Kameralleute für Livestreams. Journalisten mussten vorher Fragen per Mail an den Herrn Lehrer, pardon: Regierungssprecher, einreichen – ohne Insistiermöglichkeit für den Fall, dass vor unangenehmen Antworten gekniffen wurde. So wandelten sich Regierungspressekonferenzen (bei Redaktionsschluss waren es in Österreich schon über hundert!) zu Verkündigungsveranstaltungen – Journalisten wurden zur verzichtbaren Staffage. Offene Diskussionen über mögliche Exit-Strategien waren lange europaweit weitgehend tabuisiert – manche Medien vermeiden das Thema heute noch. Die politische Öffentlichkeit operiert(e) immer mehr in abgeschotteten Meinungshöhlen.

Ausgewählte Virologen, die über keinerlei demokratische Mandate verfügen, wurden als unfehlbare Medienstars gehypt, Gegenmeinungen unterdrückt und sogar bekämpft. Völlig ignoriert wurde dabei eine der wichtigsten Wissenschaftstheorien des 20. Jahrhunderts, das auf den Wiener Philosophen Karl Popper (1902–1994) zurückgehende empirische Falsifikationsprinzip, wonach wissenschaftlicher Fortschritt vor allem durch das Widerlegen von Theorien ermöglicht wird und kaum durch dauerhaftes Bestätigen. Wissenschaftler müssen sich irren dürfen. Wissenschaft, also die Suche nach Wahrheit, müsse per se mit Unsicherheit leben.

Corona-Leak im deutschen Innenministerium

In weitgehende Schockstarre verfielen die Systemmedien, als kürzlich aus dem deutschen Innenministerium Fakten an die Öffentlichkeit gelangten, wonach die Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen deren Nutzen bei weitem überwögen. Auf gut Deutsch: Die politisch angeordneten Panikwochen seien kontraproduktiv! Oder, um eine Märchen-Metapher zu bemühen: Der Kaiser hat ja gar nichts an! In einer 86seitigen Shutdown-Analyse, die freilich weder Minister Horst Seehofer noch sonst jemanden in seinem Haus zu interessieren schien, legte der Leiter des Referats KM4 (Schutz kritischer Infrastrukturen) dar, dass „die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 keine ausreichende Evidenz dafür erkennen lassen, dass es sich – bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft – um mehr als um einen Fehlalarm handelt“. Durch die vermeintlichen Schutzmaßnahmen würden „jeden Tag weitere materielle und gesundheitliche Schäden bis hin zu einer großen Zahl von vermeidbaren Todesfällen entstehen“. Experten würden von bis zu 125.000 Patienten (!) ausgehen, die aufgrund der verschobenen OPs versterben werden/schon verstarben.

Das Verdienst der Veröffentlichung des „Corona-Leaks“ fällt dem deutschen Publizisten und Ludwig-Erhard-Preisträger Roland Tichy, Herausgeber von „Tichys Einblick“ (<https://www.tichyseinblick.de/>), zu. Vertiefend nachgehakt haben der Kölner Blogger Stefan Herre mit seinen „PI-News“ (<http://www.pi-news.net/>) und der Identitären-Blogger Martin Sellner (<https://martin-sellner.at/>). Mittlerweile geben auch zwei – zunächst ebenfalls unterdrückte – Studien der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) dem „bösen“, mittlerweile suspendierten Referatsleiter, Oberregierungsrat Stephan Kohn, recht, der eigentlich ein Kandidat für den Maria-Theresien-Orden^[3] wäre.

„Follow-the-Money“-Sonderfall Bill Gates

Einer, der einerseits hoch über der Hierarchie der Politiker thronet, auf den man andererseits auch sein Augenmerk unter dem Aspekt des klassischen „Follow-the-money“-Prinzips richten sollte, ist zusätzlich ein gigantischer Medien-Spielmacher und -profiteur in einer Person: Bill Gates. Der mit einem geschätzten Vermögen von 110 Mrd. Dollar gesegnete und zur Handvoll der Allerreichsten der Welt zählende US-Unternehmer konnte es sich leisten, bisher 28 Mrd. Dollar an seine Bill & Melinda Gates Stiftung zu „spenden“. Als Angehöriger des Board of Directors der Berkshire-Hathaway-Holding hat Gates aber auch manches entscheidende Wörtchen mitzureden bei seinen vielen Medienbeteiligungen, etwa bei der BH Media Group („The Buffalo News“), beim Business-Wire-Medien-Nachrichtendienst, beim World-Book-Medienverlag und nicht zuletzt auch bei der einflussreichen „Washington Post“.

Ob hier nicht der Bock zum Gärtner gemacht wurde? Gates ist über seine Stiftung auch Hauptfinancier der Weltgesundheitsorganisation (die „Zeit“ nennt ihn den „heimlichen Chef der WHO“)^[4], die sich vehement für die Entwicklung eines Corona-Impfstoffes einsetzt und diesbezüglich zur „weltweiten Zusammenarbeit“ aufruft. Der Erfolg der clever eingefädelten Lobbybemühungen ließ nicht auf sich warten. Kaum war der finanzielle Hilferuf erschollen, klingelten auch schon – in Form einer „Global Response“ (etwa: Antwort der Weltgemeinschaft) – die Kassen: Postwendend beriefen etliche, sich für potent haltende Länder in- und außerhalb der EU gemeinsam eine „Geberveranstaltung“ ein. Die EU allein sagte spontan 1,4 Mrd. Euro zu, insgesamt läppern sich die – vorerst – weiteren bereitgestellten

Mittel auf 7,4 Mrd. Euro. Die Summe bildet laut Geber-Clique „einen soliden Ausgangspunkt für den beginnenden weltweiten Spendenmarathon, dessen Ziel es ist, umfangreiche Mittel für die gemeinsame Entwicklung und den universellen Einsatz von Diagnostika, Behandlungen und Impfstoffen gegen COVID-19 zu beschaffen“ (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_797). EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kriegte sich gar nicht ein vor Begeisterung: „Die Welt bewies zum Wohle aller außerordentliche Einigkeit. Regierungen und globale Gesundheitsorganisationen ziehen an einem Strang.“ Die Welt erfuhr von der Dame noch mehr: „Dies ist erst der Anfang. Wir müssen unsere Bemühungen fortsetzen und bereit sein, mehr beizutragen. Nach den Regierungen müssen sich auch die Zivilgesellschaft und die Menschen weltweit an der globalen Mobilisierung von Hoffnung und Entschlossenheit beteiligen.“ Zuletzt wurde Von der Leyen pathetisch-persönlich: „Thank you Melinda & Bill for your leadership and dedication!“

Wer hier Kritik äußert wie etwa der deutsche Chefarzt Markus Motschmann (er sieht übrigens auch in der Gesichtsmaske nur einen „Gehorsamkeitsbeweis der Untertanen“, zweifelt die Sinnhaftigkeit von Coronatests an und glaubt auch nicht an eine zweite Pandemiewelle) und Bill Gates für „den großen Virusprofiteur“ hält, gilt freilich als „Verschwörungstheoretiker“. Dabei hat Gates doch einfach nur seine seherischen Qualitäten spielen lassen, als seine Stiftung am 18. Oktober 2019, lange vor dem Corona-Ausbruch, zusammen mit der Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health^[5] und dem Weltwirtschaftsforum^[6] gemeinsam in New York eine Pandemie-Übung mit dem Titel „Event 201“ veranstaltete, bei der politische Entscheidungsträger, Führungskräfte und Gesundheitsexperten zusammen einen Corona-Virus-Ausbruch simulierten. Die Übungsannahme ging von einem globalen Umschlag einer Seuche aus.

Wegen Corona heuer keine Bilderberger-Konferenz

Nun, die wenig später eintretende Realität, die sich nur in unwesentlichen Details von der Pandemie-Übungsannahme unterschied, brachte möglicherweise selbst Bill Gates' Terminplan durcheinander: Sollten er und andere Bilderberger-Eingeweihte (wie David Rockefeller, Henry Kissinger, Ursula von der Leyen, Jens Span, René Benko, Oscar Bronner, Pamela Rendi-Wagner) schon voreilig ihre Teilnahme an der diesjährigen Bilderberger-Konferenz in ihre Terminkalender eingetragen haben, können sie den Termin streichen: Das gewöhnlich im Juni anberaumte Treffen der globalen Creme de la Creme scheint auf der Bilderger-Homepage seit kurzem als „postponed“ (verschoben) auf.

Unvermindert weiter geht aber die Suche nach dem Impfstoff aller Impfstoffe, für den die Welt bezahlen soll – und zwar an die Gates-Lobby, die sich als das Lager der Philanthropen geriert, der selbstlosen Wohltäter, die als einzige eine weltweite Verteilung des zu entwickelnden segensreichen Allheilmittels garantieren würden – im Gegensatz zu den sinistren Mächten des Bösen, allen voran Donald Trump, die den Impfstoff angeblich nur für die eigene Nation (oder gar für exklusive Privilegierte) bereitstellen möchten. Selten wurden Eigen- und Gemeinnutz so schamlos in ihr Gegenteil verkehrt wie hier.

Inserate: Steuergeld-Millionen für mediale Corona-Claqueure^[7]

Auch Systemmedien, die schon seit längerem an Leser- und Auflagenschwund leiden bzw. an Seher- und Hörerinteresse einbüßen, erlitten durch den plötzlichen und wochenlangen kompletten Wirtschafts-„Shutdown“ naturgemäß plötzlich Einbrüche im Anzeigengeschäft. Österreichs Regierung half aber postwendend: Zum einen mit Tag für Tag, Woche für Woche geschalteten ganzseitigen öffentlichen Inseratenteppichen. Das hatte den Vorteil, dass die öffentliche Hand, die die Medien fütterte, von diesen nicht nur nicht gebissen, sondern in den Himmel geschrieben wurde. Fürwahr eine Win-Win-Situation: Die Medien jubelten über Millioneneinnahmen und bejubelten dafür die Regierungsparteien, deren Umfragewerte konstant nach oben kletterten. Es schütten (zwar schon seit Jahr und Tag, aber seit Corona noch freigiebiger) u. a. das Finanz-, das Innen-, das Nachhaltigkeits- und das Gesundheitsministerium, das Ministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, das Ministerium für

Öffentlichen Dienst und Sport, das Ministerium für Verkehr/Innovation/Technologie, aber auch staatsnahe Betriebe wie die ASFINAG, die Post, der Verbund, die ÖBB und die Nationalbank ihre Füllhörner über die Medien aus. Und es kommt zu weiteren Win-Win-Situationen: Der laufend und scharenweise Hörer sowie Seher und damit auch GIS-Zwangsgebühren verlierende ORF schaltet just in Printmedien (die früher einmal schärfste Konkurrenz des Staatsfunks waren), seitenweise Sympathie-Inserate. Dafür schaltet der ORF seinerseits wiederum schon frühmorgens Gratis-Hörfunkspots für NGO's „in öffentlichem Interesse“. Die rote Stadt Wien ihrerseits fühlt sich bemüßigt, anzeigentechnisch reihum für „Schönwetter“ für sich und die kommenden Wahlen zu sorgen. Die Arbeiterkammern, die sonst wohl gar nicht wüssten wohin mit den Zwangsbeiträgen ihrer Mitglieder, geben seitenweise z.B. unter dem Slogan „Wohnen und Corona!“ gute Tipps für Betriebs- und Heizkostenabrechnungen.

Allerdings fänden die heimischen Medien mit all diesen Zuwendungen damit längst noch nicht das Auslangen, sodass noch separate Presseförderungen aus dem Steuertopf beschlossen werden mussten – was zu nicht unerwünschten noch höheren medialen Huldigungen für die tüchtigen schwarzgrünen Regierungsmacher führt(e). Für diese Presseförderungen wurden nicht Gießkannen eingesetzt, sondern gleich Wasserwerfer. Ein 32 Millionen Euro schweres „Medienhilfspaket“ soll den heimischen Meinungsmachern helfen, noch leichter über die schlechten Zeiten hinwegzukommen. Die Liste der Empfänger der Corona-Medienförderung nimmt sich allerdings höchst skurril aus (Reihung nach Förderungshöhe): Krone, Heute, Österreich, Kurier, Standard, NÖN, Bauernzeitung, Kirchenzeitung, Falter, Raiffeisenzeitung, Profil.

Aber das alles reicht zur kompletten Volksgehirnwäsche noch nicht: Zusätzlich schalte(te)n auch, oft noch zynisch als „Amtliche Mitteilungen“ getarnt, landes- und kommunale Druckwerke von der üblichen langweiligen Politiker-Selbstbeweihräucherung auf dynamischen Coronamodus um: So wurde z. B. die Tiroler Landeszeitung auf 24 Seiten aufgeblasen, damit unter den Schwingen des Tiroler-Adler-Logos diverse Slogans unter die Leute gebracht werden konnten wie „Der Tiroler Weg aus der Krise“, „Das Land an deiner Seite“, „#wirpackendas“. Selbstverständlich garniert mit überdimensionalem vierfarbigem VP-Landesvater-Konterfei, um dem Bürger die „Beißkorbpflicht“, pardon: Mundschutzvorschrift, schmackhaft zu machen, und wohl auch, um ihn psychisch bereits auf den Horror einer bevorstehenden „zweiten Welle“ vorzubereiten.

Was dem Tiroler Landeshauptmann recht ist, darf dem Bürgermeister der Landeshauptstadt billig sein: Auf 48 Seiten wird „Innsbruck informiert“. Garniert mit feixenden Konterfeis des grünen Bürgermeisters Georg Willi, mal mit heruntergeklapptem, mal mit fehlendem Mundschutz, der im Editorial leutselig formuliert: „Aber wissen Sie was: Die letzten Wochen haben mein Vertrauen in uns gestärkt.“ Buchstäblich vom Hocker reißen uns Titel wie: „Der Weg durch die Krise“ und „Eine Stadt im Krisenmodus“. Nicht erspart bleiben uns auch Bilder der lachenden abgesetzten Für-Innsbruck-Ex-Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer mit der Beschwörungsformel „Wirtschaft wieder in Schwung bringen“, und theatralische Visionen der altgrünen Vizebürgermeisterin Uschi Schwarzl, die „Auswege aus der Kulturkrise“ aufzeigt.

Bundeskanzleramt und Rotes Kreuz

Eine besonders seltsame Scharnierrolle zwischen Bundeskanzleramt und Printmedien fällt dem Roten Kreuz zu: Auf rätselhafte Weise bekam die Nichtregierungsorganisation, deren öffentliches Interesse sich seit 2015 von bodenständiger Krankenversorgung Einheimischer eher ab- und dafür immer stärker den Problemen Asylheischender aus aller Welt zugewandt hatte, die offizielle Regierungsermächtigung, nach Belieben Agenturen für Werbeaktivitäten anzuheuern und gefügige Medien mit bezahltem Corona-Geschwurbel anzufüttern. Federführend ihre Hände im Spiel rund um die 15 (!) Millionen Euro teure, von der Regierung Kurz gestützte Corona-Campagne („Schau auf dich“) hat die in Wien und Berlin angesiedelte Agentur „Campaigning Bureau“ von Philipp Maderthaler, die seit 2013 durch eine Know-how- und Technologiepartnerschaft mit Barack Obamas Kampagnenagentur „Blue State

Digital“ verbunden ist. Maderthaners Arbeitsfelder sind „Social Media“ und „Digitales“. Er ist Kurz-Intimus und gilt als „Kanzler-Macher“, war allerdings wegen vermuteter (allerdings von ihm geleugneter) Kontakte zur umstrittenen und mittlerweile insolventen politischen Big-Data-Firma „Cambridge Analytica“ in die Schlagzeilen gekommen. Daten zu sammeln und zu nutzen gehört zu Maderthaners zentralen Agenden. Angesichts der Kooperation mit dem Roten Kreuz stellt sich nicht nur für Brancheninsider die Frage, ob Maderthaner und sein Büro vielleicht auch Zugriff auf die unschätzbar wertvollen Rotkreuz-Datenbanken bekamen. Alles im „schwarzen“ Bereich? Rotkreuz-Präsident Gerald Schöpfer war jedenfalls früher steirischer ÖVP-Landesrat. Rotkreuz-Vizepräsident ist der Raiffeisen-Manager Walter Rothensteiner, der als Beschuldigter in der Casinos-Affäre geführt wird (Unschuldsvermutung gilt). ÖVP-Klubobmann August Wöginger und seine Stellvertreterin Gaby Schwarz verbanden lange Zeit enge Berufskonnektionen mit dem Roten Kreuz. Mit im „Schau-auf-dich“-Boot der Rettungsorganisation sind weiters die Agenturen „Jung von Matt“ (Kreation) und die „Troin Agency“ (Strategie). Für die „Orchestrierung“ der Kampagne zeichnet Martin Radjaby-Rasset verantwortlich.

Wasser predigen und Wein trinken

Ein kapitaler Kommunikationsschuss ins eigene Knie, wie man ihn dem message-controll-verliebten Kanzler eigentlich nicht zugetraut hätte, erfolgte am 13. Mai bei einer ÖVP-Veranstaltung im Kleinwalsertal, als Kurz und seine politische Entourage (inklusive Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner) die von ihm selbst für alle Österreicher gesetzlich angeordneten und in hunderten Steuergeld-Inseraten gepredigten Abstands- und Gesichtsmaskendiktate völlig ignorierten. Als der „Shitstorm“ losgebrochen war, ließ Kurz die gekauften Mainstreammedien inklusive ORF gebetsmühlenartig verbreiten, dass nicht er, sondern „die anderen“ schuld an dem Fauxpas gewesen seien. Gewisse Dinge könne man nicht planen, lautete sein O-Ton. Wochenblick-Kommentator Willi Huber korrigiert ihn allerdings: „Die Planung hat versagt. Es war ein offizieller Besuch. Es war eine Bühne aufgebaut. Die ÖVP-Gemeinde hat zur Beflaggung und auf Facebook zu Bekundungen aufgerufen.“ Dem einfachen Publikum ist das Bedürfnis nach einem Ende des Maskenfascings nicht zu verübeln: Der Slogan „mask off, brain on“ (Maske aus, Hirn ein) macht zunehmend die Runde. Allerdings: Streng genommen hätten Kurz und sein gesamter Tross sofort nach diesem Kleinlschgl wochenlang in Quarantäne genommen werden müssen. Aber: Quod licet Jovi ... Ein Augenzeuge brachte es ironisch auf den Punkt: „Das war wirklich großartig... ein ganzes Volk maskieren und sich selbst demaskieren:-“

Dass Kurz mit seinem Stil bisher durchkam, liegt nach Ansicht von Rosemarie Schwaiger, Edelfeder des linken Magazins „profil“, am speziell von ORF und „Krone“ für den Kanzler praktizierten „Huldigungsbetrieb“ <https://www.profil.at/meinung/rosemarie-schwaiger-allmaechtige-11452907>. Nach Corona müssten, rät Schwaiger, speziell diese beiden Medien „wohl ein paar Mitarbeiter zur Nachschulung schicken, damit sie wieder lernen, wie man ein Interview führt, das nicht wirkt wie aus dem DDR-Staatsarchiv.“

Apropos Kronenzeitung

Vor wenigen Tagen lasen die „lieben Leser“, dass ihre Zeitung wieder einmal teurer werden musste. Begründung: Der „Krone“ sei „es wichtig, nicht nur laufend hohe journalistische Qualität zu bieten, sondern auch in Sachen Service stetig besser zu werden“. Dabei nimmt der Leserzuspruch galoppierend ab: Wurde das Kleinformat 1980, zu Zeiten ihres Gründers Hans Dichand (Vgl. Harald Saggner in GENIUS Juli/August 2010 „Hans Dichand – Österreichs größter Journalist“), noch in Millionenaufgabe gedruckt, brachte es das immer häufiger „Benko-Blatt“^[8] genannte Medium im Vorjahr auf nur noch 750.000 Exemplare.

Nichtsdestotrotz ist die „Krone“ wohl einer der größten Profiteure der Corona-Krise: Was das Steuergeld-Füllhorn aus dem Hilfsfonds der Regierung betrifft, erhielt das Medium daraus 3,25 Euro pro gedrucktem Exemplar. Zudem wurde in einem Abwaschen die Presseförderung gleich um 150 Prozent erhöht. Das bedeutet ganz unbürokratische Millionen – was

freilich noch lange nicht alles ist: Die Bundesregierung bucht seit Wochen zu einem Seiten-Inseratenpreis zwischen 35.000 und 55.000 Euro Corona-Anzeigen mit so tief sinnigen Aussagen wie „Wasch die Hände“, „Halt durch“ und „schau auf dich“. Als Draufgabe gibt's schon mal als „redaktionelle“ Draufgabe, also gratis, fünf Seiten (inklusive Sonntag-Titelseite) Sebastian Kurz, und zwar persönlich im Groß- und Detailformat und in allen Schattierungen. Weitere finanzielle Unterfütterungen – nicht nur an die Krone, sondern auch, quer durch die Bank an alle anderen heimischen Tages- und Wochenzeitungen sowie Magazine (ausgenommen natürlich Medien, die „rechts“ stehen) – steuert etwa Hartwig Lögers ÖVP-Finanzministerium mit der sensationellen Aussage „Coronavirus – Zeiten der Krise dürfen nicht Zeiten der Bürokratie sein“ bei. Weil sich der Leser sicher über Bürokratie ärgert, aber sie nicht abschaffen kann, wäre es allerdings sinnvoller und wesentlich billiger, diese Forderung mittels Hauspost intern im eigenen Ministerium zu verbreiten. Nicht ganzseitig, sondern „nur“ halbseitig (zum Preis von 30.000 bis 44.000 Euro) gesellen sich dann noch nachgeordnete Ebenen, z.B. das Land Tirol mit atemberaubenden Botschaften wie „Das Land an deiner Seite“, oder, detaillierter: „Kurz frische Luft schnappen oder sich die Füße vertreten ist erlaubt“.

So eine „Unabhängigkeit“ von der öffentlichen Hand muss natürlich (weil der Leser von selbst nie draufkäme) extra betont werden, am besten mit einem Kommentar aus der Feder von „Krone“-Chefredakteur Klaus Herrmann persönlich: „Wir sind Österreich. Weil wir bodenständig sind. Weil wir Haltung zeigen und Mut beweisen. Und vor allem: weil wir die größte Kraft aus dem beziehen, was wir schon im Krone-Logo in Großbuchstaben stehen haben: Kronen Zeitung – unabhängig.“

Diese Unabhängigkeit der „jetzt anderen“ Kronenzeitung bezweifeln freilich immer mehr Leser.

Und weil es auch gilt, im Kampf gegen das Böse tapfer zu sein, offenbart Krone-Redakteur Claus Pándi unter dem Titel „Wir vertrauen wieder dem Vertrauten“: „Wir tasten uns durch den Dschungel zwischen verschwörungstheoretischem Unsinn und den seriösen Informationen der herkömmlichen Medien.“

Auch und gerade die „Krone“ verzichtete aber weitgehend darauf, den Regierungsausrutscher rund um die geplante, verpflichtende „Stopp Corona“-App kritisch zu beleuchten, nahm die holprigen Zahlenspiele des grünen Gesundheitsministers Rudolf Anschöber zu Corona-Infizierten relativ unhinterfragt hin und überhörte geflissentlich widersprüchliche Aussagen von ÖVP-Innenminister Karl Nehammer zum Thema „Asyl“. Die Regierungshörigkeit schlägt bis in die tiefe Provinz durch: Tirol-Krone-Chef Claus Meinert schaffte blitzartig einen wendehälsigen Schwenk um 180 Grad: Erst kritisierte er scharf von der FPÖ vertretene Vorschläge zur Quarantänelockerung, lobte aber genau diese, als sie nur fünf Tage später von der ÖVP kamen und von ihr übernommen wurden.

Fatale Lage für den ORF

Das coronabedingte Quotenhoch und die unverschämterweise auch vom Staatssender lukrierbaren Benefits aus der Kurzarbeit-Regelung werden den ORF aus seiner fatalen Lage schwerlich retten. Zwei Drittel der gesamten Umsatzmilliarde berappen die heimischen Seher und Hörer, ein Drittel stammt aus Werbeeinnahmen. Längst sind angesichts der immer schlechter und immer einseitiger werdenden Auftritte von Armin Wolf, Lou Lorenz-Dittelbacher & Co. ohnehin nur noch 34 Prozent der Bürger für eine Beibehaltung der Zwangsgebühren. Der Hörfunk- und TV-Konsum verschiebt sich auch zunehmend auf das gebührenfreie Internet.^[9] Und die FPÖ klärt erfolgreich frustrierte Konsumenten darüber auf, wie man sich die lästige ORF-Abgabe durch GIS-freie Geräte spart. Die Freiheitlichen bekommen zudem großen Zulauf mit ihrer Petition www.wegmitgis.at, die eine komplette Abschaffung der Zwangsgebühren fordert. Die GIS-Zahler werden auch aus einem anderen – aktuellen – Grund immer weniger: Der Staatsfunk wurde, nachdem Schwarz-Grün die Wirtschaft an die Wand gefahren hatte und Kurzarbeit sowie Arbeitslosigkeit explodierten, jetzt selbst Opfer der Covid-19-Maßnahmen: Joblose und Notstandshilfebezieher nehmen natürlich gern die

legale Chance wahr, sich aus Armutgründen von der ORF-Gebühr befreien zu lassen. Dabei waren schon vor dem Lockdown, also Ende Februar, 40.000 Arbeitslose GIS-befreit. Zu allem Überdross schrumpft der ORF-Werbekuchen durch die von Kurz induzierten Firmenschließungen und Firmenpleiten erheblich. Zwischen 30 und 70 Mio. Euro an ORF-Einnahmen könnten heuer allein hier wegfallen. Ob da Generaldirektor Alexander Wrabetz und seine Führungsriege mit dem bedingungslosen Hochjubeln der Kurz-Kogler-Linie aufs richtige Pferd gesetzt haben? Die hochbezahlten ORF-Granden selbst werden freilich die Verluste kaum aus eigener Tasche bezahlen müssen, obwohl Kritiker zu Recht fordern, dass sich das schlechte Finanzergebnis gefälligst auch in den Managergehältern niederschlagen solle. Eins drauf setzte Wrabetz übrigens noch, als er ausgerechnet in der Corona-Krise eine – völlig kontraproduktive – GIS-Werbekampagne startete. Da gleichzeitig hunderttausende Österreicher durch die harten Maßnahmen der Regierung vor dem Nichts stehen, sprach FP-Generalsekretär Michael Schnedlitz völlig zurecht von einem „Schlag ins Gesicht der Bürger“. Was dem ORF allerdings nicht zu teuer ist, das sind (aus GIS-Gebühren finanzierte) Inserate mit dem Slogan „ORF. Wie wir“, ganzseitig, vierfarbig, in der „Krone“ und in anderen Verlierergazetten. Hier klammern sich finanziell Taumelnde aneinander.

Dafür ist der ORF „politisch korrekt“ bis in die Knochen – und ein wahrer Meister im Verschweigen: Selbst im Skandal um über hundert (!) Asylanten-Coronafälle in den Post-Verteilerzentren Hagenbrunn und Wien-Inzersdorf brachte es der ORF zustande, wohl mehrmals ausführlich über den Zusammenhang zahlreicher Seuchenfälle mit „Arbeitskräften von Leiharbeitsfirmen“ zu berichten, dabei aber mit keiner Silbe zu erwähnen, was die Spatzen längst von den Dächern piffen: Dass nämlich diese Leiharbeitsfirma Somalier aus einem Flüchtlingsheim in Wien-Erdberg vermittelt und in Bussen zur Arbeit gebracht hatte. U. a. hatte Wolfgang Fellner Tageszeitung „Österreich“ aufgedeckt, dass ein Teil dieser Somalier bereits Tage zuvor positiv auf das Virus getestet worden war. Demnach hatte man die Infizierten im Wiener Messezentrum unter Quarantäne gestellt. Freilich wollten das die Schwarzafrikaner nicht, also bedrohten sie das Betreuungspersonal mit Gewalt und türmten, um wenige Tage später bei der Post als legale „Ein-Personen-Unternehmer“ aufzutau-chen. FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl zeigte sich zu Recht empört und resümierte: „Neben dem Kanzler und seinen Fans gibt es also noch eine weitere Personengruppe, für die die Corona-Regeln offenbar nicht gelten!“

Dass sich das ORF-Landesstudio Tirol gerade zusätzlich mit einem veritablen „Corona-Krimi“ konfrontiert sieht, erfuhr der GENIUS eher zufällig, als er per Medienanfrage wissen wollte, wer wann die Umwidmung des Innsbrucker ORF-Parkplatzes in eine Corona-Sperrzone angeordnet habe, und ob es im Zusammenhang mit der Missachtung der strengen Regierungsvorschriften betreffend Abstand- und Maskenpflicht Konsequenzen gegeben habe. ORF-Landesdirektor Robert Unterweger drückt sich um die Beantwortung mit dem Hinweis auf laufende Ermittlungen der Polizei, die gerade mit der Ausforschung jener unbekanntem Täter befasst sei, die „offensichtlich illegal in die Sperrzone eingedrungen“ seien und „Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeiter gefährdet“ hätten.

Zuvor hatte der ORF Tirol bereits in der „Zeit im Bild“ bundesweit eine unfreiwillige Lachnummer geliefert, als Reporter Klaus Schönherr vor dem Eingang zum Innsbrucker Hotel Europa über die rigorose Sperre des ersten Hauses am Platz berichtete, während ein Mann mit einem Roller seelenruhig an Polizei und ORF-Mann vorbei aus dem Hotel marschierte.^[10]

Caritas fordert „Corona-Bonus“

Zu einem ganz großen Medienpartner in Coronazeiten hat sich mittlerweile – besonders für die Tiroler Tageszeitung und für die „Krone“ – der überwiegend von öffentlichen Mitteln und Spenden gefütterte Caritas-Moloch (Vgl. mehrere GENIUS-Lesestücke aus 2015 und 2016) entwickelt. Wo es auch nur entfernt nach Spenden riecht, darf natürlich Caritas-Präsident Michael Landau nicht fehlen: Wie selbstverständlich fordert er nachdrücklich einen „Corona-Bonus“ für alle Pflege- und Betreuungskräfte im Sozialbereich. Der Tiroler Caritas-Direktor Georg Schärmer geht es behutsamer an: Die Botschaft, die er via Inserat in der Tiro-

ler Tageszeitung an die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“ richtet, lautet: „Teilen und Verzichten sind Leitplanken in eine neue, vielleicht auch gerechtere Welt. Wir haben einen langen Weg vor uns. Caritas ist Dauerauftrag und geht immer. Ich bitte Sie weiterhin um Ihr Wohlwollen und Ihre Hilfe.“

„Bestrafung“ durch Zensur bei ServusTV

Eines der wenigen Medien, die sich hartnäckig weigern, die orchestrierte Nichtwahrnehmung kritischer Stimmen mitzumachen, ist der Salzburger Privatsender ServusTV. Die wöchentliche Fünfminuten-Satire des Intendanten Dr. Ferdinand Wegscheider („da scheiden sich nicht nur die Wege, sondern auch die Geister“) ist längst Kult <https://www.servustv.com/videos/aa-22sx4r7w51w12/>. Wegscheider wagte einen Talk mit dem renommierten, aber unbequemen und vom Mainstream ins Eck der Querköpfe gestellten Infektionsepidemiologen Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, der die globale Corona-Hysterie als sinnlos und selbstzerstörerisch bezeichnet und seine Meinung auch offen der deutschen Kanzlerin Angela Merkel ausrichtete. Das gefiel den globalen Meinungsmonopolisten Youtube^[11], Twitter^[12] & Co. ganz und gar nicht, sodass sie das Interview kurzerhand immer wieder aus dem Netz löschten bzw. blockierten. Auch das von Bhakdi auf seine eigene Youtube-Plattform gesetzte Video wurde gesperrt. Der meinungsdiktatorische Schuss ging allerdings nach hinten los: Wo andere an Publikumsgunst einbüßten, steigerte das Wegscheider-Team seinen Marktanteil um beträchtliche 13 Prozent, und die Servus-Nachrichten sicherten sich mit mehr als 244.000 Zuschauern einen Spitzenplatz in der heimischen privaten Nachrichtenszene. Auch das kritische Onlinemedium www.unzensuriert.at ortet aktuell eine „immer unerträglicher werdende Zensur durch Youtube, Google, Facebook und Wikipedia“. Es sei gleichgültig, ob auf Verlangen der politischen Meinungspolizei, linksradikaler Weltverbesserer oder aus eigenem Antrieb gehandelt werde: Die Internetgiganten hätten sich in den letzten zwei Jahren schon in tausenden Fällen als hemmungslose Exekutoren von Zensur und Denunziantentum diskreditiert, die jede von den jeweiligen Regierungslinien und der Political correctness abweichende Meinung verfolgten. Dabei hätten sie sich alle vor nicht langer Zeit noch damit gebrüstet, sich „nicht der Zensurgier der chinesischen Behörden zu beugen“.

* Der Autor war jahrzehntelang aktiver Journalist und allgemein beedeter und gerichtlich zertifizierter Mediensachverständiger

Anmerkungen

- [1] Als Brutkastenlüge wird der als Tatsache verbreitete Fake bezeichnet, wonach irakische Soldaten zu Beginn des Zweiten Golfkrieges kuwaitische Frühgeborene aus ihren Brutkästen rissen und auf dem Boden sterben ließen. Dabei handelte es sich um eine Erfindung der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton. Der damalige US-Präsident George Bush erwähnte die Lügengeschichte mindestens zehnmal, die linke Menschenrechtsorganisation Amnesty International veröffentlichte einen 84-seitigen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait, der diese Brutkastenlüge enthielt. Screenshots von „Brutkastenfotos“, versehen mit dem Logo des Ersten deutschen Fernsehens, kursieren noch heute im Netz, <https://www.startpage.com/sp/search>
- [2] So textete der deutsche „Tagesspiegel“: „Lkw der Armee transportieren die Corona-Toten in Bergamo ab, weil die örtlichen Friedhöfe überfüllt sind.“ Zwar wurden die Intensivpatienten der ganzen Provinz zwecks Behandlungsoptimierung in Bergamo konzentriert. Zwar gab es rund 2.000 Tote, deren Verbrennung amtlich angeordnet wurde. Örtliche Friedhöfe können aber, entgegen medialer Behauptungen, zu keiner Zeit „überfüllt“ gewesen sein. Zum Transport der Leichen in die Krematorien der Nachbarprovinzen wurden gewiss Militärfahrzeuge eingesetzt, allerdings aus praktischen Gründen.
- [3] Der 1757 von der österreichischen Monarchin gestiftete Maria-Theresien-Orden war die höchste militärische Auszeichnung der Habsburgermonarchie. Er wurde „für aus eigener Initiative unternommene, erfolgreiche und einen Feldzug wesentlich beeinflussende Waffentaten, die ein Offizier von Ehre hätte ohne Tadel auch unterlassen können“, verliehen.
- [4] WHO-Frühstücksdirektor – pardon: Generaldirektor – ist der Äthiopier Tedros Adhanom Ghebreyesus. Am 15. April hatte US-Präsident Donald Trump die vorläufige Einstellung der US-Zahlungen an die WHO verfügt, weil Ghebreyesus eine „zu unkritische Haltung gegenüber China gezeigt“ habe, aber auch, weil die WHO generell „ihre grundlegenden Aufgaben nicht erfüllt“ habe und „Misswirtschaft“ betreibe. Tedros verfügt über enge Kontakte zur kommunistischen Führung Chinas, und Äthiopien ist bis heute

enger strategischer Partner Pekings. Angela Merkel stärkt Tedros allerdings nach Kräften den Rücken und bezeichnet die WHO als „die legitimierte globale Institution, bei der die Fäden zusammenlaufen“.

- [5] Die Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health wurde 1916 mit Unterstützung der Rockefeller-Stiftung gegründet und hält im Bereich der Gesundheitsversorgung seit 1994 weltweit den ersten Platz.
- [6] Das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum, WEF) ist eine gemeinnützige Stiftung mit dem Status einer internationalen Organisation mit Sitz in Davos (CH) und Büros in New York, Peking und Tokio. Die Finanzierung des 5-Mrd.-Dollar-Budgets erfolgt über rund 1000 Mitgliedsfirmen. Zu Teilnehmern an WEF-Treffen zählt neben der deutschen Kanzlerin und dem französischen Präsidenten Emanuel Macron auch der sattem bekannte Spekulant George Soros.
- [7] Die Institution des „Claqueurs“ (frz. „Klatscher“) als bezahlten Beifallsponder geht auf einen gewissen Monsieur Sauton zurück, der vor 200 Jahren in Paris die Idee perfektionierte, Theatererfolge gegen Entgelt quasi zu garantieren. Die „Arbeitsteilung“ erfolgte durch „Chauffeurs“ (frz. „Heizer“), die vorab Lobeshymnen zu verbreiten hatten, weiters durch „Chatouilleurs“ (frz. „Kitzler“), die vor Aufführungen und in den Pausen „Stimmung“ machten, dann durch „Connaisseurs“ (frz. „Kenner“), die während der Darbietungen positive Bemerkungen fallen ließen, weiters durch „Rieurs“ (frz. „Lacher“), die ein ahnungsloses Publikum mit „spontanem“ Gelächter ansteckten, weiters die „Tapageurs“ (frz. „Aufsehenerreger“), die frenetisch applaudierten, und schließlich die „Bisseurs“ (frz. „Zugabe-Rufer“), die „da capo“ und „bis“ (ital. für „nochmal“ bzw. „Zugabe“) verlangten. Im übertragenen Sinn nennt man Claqueure heute auch Akteure, die übertriebene Zustimmung z. B. zu politischen Reden verbreiten.
- [8] Die „Signa Holding“ des rund fünf Mrd. Euro schweren Innsbrucker Gemeindebedienstetensohnes René Benko hält seit zwei Jahren 24,5 Prozent der Kronenzeitung. Bundeskanzler Sebastian Kurz ist mit Benko befreundet. Zu Benkos zahlreichen Auslandsengagements zählt auch die deutsche Galeria-Kaufhof-Karstadt (28.000 Mitarbeiter), über die im April ein Schutzschirm-Verfahren eingeleitet wurde und deren Mitarbeiter vor wenigen Tagen (nicht von Benko, sondern vom gerichtlich bestellten Sachwalter Frank Kebekus und dem Generalbevollmächtigten Arndt Geiwitz) auf eine „coronabedingte“ massive Filialenschließung (die Rede ist von 80 Warenhäusern) und einen empfindlichen Stellenabbau vorbereitet wurden. Das österreichische kika-/Leiner-Möbelimperium, das nach der Übernahme durch Benko im Jahr 2018 vier Standorte schloss und 700 Mitarbeiter abbaute, meldete im Mai – coronabedingt – Kurzarbeit an. Nach siebenwöchigem Lockdown ließ Benko die APA verkünden, dass plötzlich das Geschäft wieder so gut laufe, dass alle Einrichtungsberater aus der Kurzarbeit zurückgeholt werden könnten und sogar noch neue Mitarbeiter gesucht würden.
- [9] Vor fünf Jahren entschied der Verwaltungsgerichtshof (VerwGH), dass das Konsumieren der ORF-Programme per Internet („Streaming“) nicht gebührenpflichtig sei. Die „Gebühren Info Service GmbH“ (GIS), die die ORF-Beiträge einhebt, hatte einem Wiener, der in seiner Wohnung über einen Breitband-Internetanschluss sowie Notebooks mit Lautsprechern verfügt, Rundfunkgebühren vorgeschrieben (mit denen auch weitere Abgaben und Entgelte, insbesondere das ORF-Programmengeld und der Kunstförderungsbeitrag, verbunden sind). Das Bundesgericht hob den Bescheid der GIS auf, da die Computer keine Rundfunkempfangsmodule hatten und der Empfang von Rundfunkprogrammen über Streaming aus dem Internet „nicht als Rundfunkdarbietung zu qualifizieren“ sei. Der Verwaltungsgerichtshof wies auch die dagegen erhobene Revision der GIS als unbegründet ab und hielt fest, dass der Gesetzgeber bei der verfassungsrechtlichen Definition des Rundfunkbegriffs elektronische Darbietungen über das Internet nicht erfassen wollte.
- [10] Peter Westenthaler postete dazu auf Facebook: „Sagt mal an welchem Virus leidet eigentlich der ORF? Schaut Euch dieses unfreiwillige Kabarett an: Während der Reporter darüber berichtet, dass das Hotel isoliert ist und keiner raus oder rein darf, spaziert ein Mann mit Roller genüsslich aus dem Hotel ... Faching in der ZIB1! Wenn man genau zuhört, hört man den Kameramann lachen ...“
- [11] Das 2005 gegründete Videoportal der US-amerikanischen Google-Tochtergesellschaft setzte im Vorjahr 15 Mrd. Dollar um. Google wurde von Sergey Brin und Lawrence Edward Page, der mittlerweile zum reichsten Dutzend Menschen der Welt gehört, gegründet.
- [12] Das soziale Netzwerk Twitter wurde 2006 von Jack Patrick Dorsey, Noah Glass, Biz Stone und Evan Williams gegründet und hat weltweit mehr als 320 Millionen aktive Nutzer.

Wenn Ihnen dieser Artikel besonders gefallen hat, können Sie uns gern eine kleine Spende überweisen: An die Genius-Gesellschaft für freiheitliches Denken, Wien, IBAN: AT28 6000 0000 9207 5830 BIC: OPSKATWWW. Auch über kleine Spenden wie € 5,- oder € 10,- freuen wir uns und sagen ein herzliches Dankeschön.